

# Menschenkette gegen "riskante Leasing-Geschäfte"

20.9.2003 Cannstatter Zeitung

## Bürgerinitiative protestiert gegen geplante Vermietung von Schulzentren - Stadt rechtfertigt US-Transaktion

Stuttgart (eh) - Mit einer Menschenkette vor der Bismarckschule haben gestern Vormittag mehrere hundert Stuttgarter gegen die riskanten US-Leasing-Geschäfte der Stadt protestiert. "Wir umschließen symbolisch öffentliches Eigentum, das den Bürgern gehört", erklärt Organisator Werner Weber von der Initiative Stuttgarter Wasserforum.

"Die Schulen gehören UNS!" Selbstbewusst trägt Doris Henrichsen ein Transparent vor dem Bauch. Die resolute Mitsiebzigerin greift nach den Händen der Umstehenden, fordert Passanten auf sich einzureihen: "Wir versuchen zu verhindern, dass die Stadt nach dem Abwasserkanalnetz, den Klärwerken und Stadtbahnfahrzeugen auch noch die Schulen an US-Investoren verleast. Wir wollen nicht, dass die nächsten Generationen das ausbaden müssen, was die heutigen Politiker beschließen."

Henrichsen gehört zu den Gründern des Wasserforums. Gut 30 Aktive zählt die "partei-politisch unabhängige Bürgerinitiative", die sich zur Wehr setzt gegen den kommunalen Ausverkauf durch so genannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte. Bei denen werden öffentliche Einrichtungen für 99 Jahre an amerikanische Finanzkonzerne vermietet und umgehend für etwa 30 Jahre zurück gemietet. Danach könnte der Vertrag aufgelöst werden. Die Steuergesetzgebung in den USA ermöglicht auf diese Weise beiden Seiten Gewinne - in die Kassen Stuttgarts flossen so bereits 34 Millionen Euro. Und einen weiteren zweistelligen Millionenbetrag verspricht man sich im Rathaus von der Vermietung von bis zu 20 Schulen sowie von Verwaltungsgebäuden und dem Schienennetz der Stuttgarter Straßenbahnen Gesellschaft (SSB). Der Gemeinderat wird sich voraussichtlich im Herbst bei den Beratungen zum Etat 2004/2005 mit diesen Plänen beschäftigen (wir berichteten).

Die Transaktionen sind, zumindest aus Sicht der Stadtverwaltung, legal. "Sie sind unserer Meinung nach aber nicht legitim", erregt sich Henrichsen. "Es kann doch nicht angehen, dass der Gemeinderat das Eigentum der Bürger verscherbelt. Das ist ein Missbrauch der übertragenen Macht."

Und deshalb gehen die Gegner dieser umstrittenen "Scheingeschäfte" in die Offensive. 50 000 Informations-Flugblätter haben sie in den letzten Wochen in die Briefkästen der Stuttgarter gesteckt und schon 4000 Unterschriften gesammelt. Der Protest zeigt erste Erfolge: Die Stuttgarter SPD hat jüngst auf ihrer Kreiskonferenz beschlossen, Cross-Border-Leasing-Geschäften nicht mehr zuzustimmen. Und im Rathaus ist man zumindest offener geworden: Just einen Tag vor der Aktion des Wasserforums stellten die städtischen Öffentlichkeitsarbeiter ein mehrseitiges Statement zum Thema ins Internet.

-----